

**Bezugsgebühr:**

Übermittlung der Beziehungen durch die Post ist erlaubt und ausgenommen, an Sonn- und Feiertagen nur einmal von 9 Uhr bis 12 Uhr, durch einfache Rundpostkarte von 10 Pf. bis 20 Pf. Bei einemmaliger Aufstellung durch die Post ist eine Postkarte mit dem Aufdruck "Postkarte einer Zeitung" im Rücken mit entsprechendem Schildchen. Es darf aber keinerlei andere Wörter oder Zeichen auf der Postkarte stehen.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Gegründet 1856.

# Dresdner Nachrichten

Fri . . . Fra . . . Frugalin  
In seinem Soien, rot und grün.  
Schmeckt honiglich, pikant und frisch.  
Es lebt auf seinem Frühstückstisch!  
Überall vorrätig. In Dosen und ausgewogen pro Pfund 45 Pf.  
Gegen: Franz Hermann Loebel, Dresden. Tel. I. 4716.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

**Anzeigen-Carif.**

Abnahme von Anklängungen  
bis neunzehn Uhr. Sonn- und  
Feiertage nur zwischen 9 und  
11 bis 12 Uhr. Die reguläre Geschäft-  
zeit ist von 8 bis 10 Uhr. An-  
kündigungen auf der Privatseite bis zu  
20 Pf. Die öffentliche Seite ab 25 Pf.  
Ankündigung über auf Zeitrente 50 Pf.  
Bei Zusammensetzung von Sonn- und Feier-  
tagen ist bei allgemeinen Gründen  
30 bis 50 am 30 Pf. nach be-  
sonderem Zins. Automatische An-  
kündigung nur gegen Sonnabohnung.  
Belegblätter werden mit 10 Pf.  
berechnet.

Berufsprachbuch:  
Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

**Permanente Ausstellung**  
von  
**Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen**  
in allen Stilarten und Preisklassen. — Zum Besuch ist ein  
**Marschallstrasse 3, Elbberg 1,**  
**G. Ritter, Möbelfabrik,** — \* Katalog gratis und franko.

**Unübertroffene Tonschönheit, grösste Dauerhaftigkeit**  
**Steinheit-Pianinos**  
zum  
**II. Ullrich, Pianofabrik, Johannesstrasse 20.**

**Masken- und Theatergarderoben-Verleih-Institut**  
**Max Jacobi Nachf. E. Müller & Co.**  
Dresden-A., Galeriestrasse 22, Fernsprecher Amt I. No. 8603  
ältestes und anerkanntes gediegenes Geschäft dieser Branche  
halten sich bei Bedarf bestens empfohlen.  
Größte Auswahl. Zivile Preise. Katalog gratis und franko.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, außerordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nachf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

**Nr. 17. Spiegel.** Konsernat. Vortrag u. die Denkschrift der Regierung. Walter Rammann. Höhere Postbeamte. Mietmäßliche Witterung: Wetterbericht. Dienstverhandlungen. Staatsliche Kritik. „Der Spiegel.“ Wöchentlichester verändert. **Sonntag, 17. Januar 1904.**

**Die Wahlreform und die Konservativen.**

Zu der Denkschrift über die Wahlreform bringt das „Vaterland“, das Parteiorgan der sächsischen Konservativen, einen längeren Artikel, und zwar von „bedeutsamster konservativer Seite“. Obwohl der Artikel den ausgesprochenen Charakter einer Parteikundgebung nicht besitzt und nicht besitzen kann, da ja, wie das „Vaterl.“ bemerkt, von der Partei, beim Schreiben der Verhandlungen in der konservativen Fraktion, zu den Wahlreform-Vorschlägen der Regierung noch keine endgültige Stellungnahme vorliegt, so verdient er doch in der Tat Beachtung: denn er kommt aus der Mitte derseligen Partei, die über die Weisheit in der Zweiten Kammer verfügt, deren Ausschüsse in prinzipieller Hinsicht auch in der ersten Kammer überwiegen und die daher bei der Wahlrechtsfrage den Ausschlag zu geben hat. Ohne seine Bedeutung zu überhöhen, darf der Artikel immerhin als „Stimmungsdiontion“ beurteilt und bewertet werden. Selbstverständlich lässt er nicht erkennen, nach welcher Seite die konservative Partei tatsächlich ihr Schwergewicht in die Waagschale der Entscheidung fallen lassen wird; er trägt vielmehr in seiner vorsichtigen und wohlerwogenen Fassung den parteitaktischen Gründen Rechnung, die es verbieten, die Partei in dem gegenwärtigen Stadium der Wahlreformbewegung noch irgend einer Richtung hin bereits festzulegen. Insofern gestaltet er doch einen Schluss sowohl auf den Eindruck, den die Denkschrift innerhalb der konservativen Kreise, wenn auch nicht allenfalls, so doch an einer hervorragenden Stelle, erweckt hat, wie auf die Art der kritischen Behandlung, die zunächst die auf der Tagessordnung stehenden Reformvorschläge von jener „bedeutsamsten konservativen Seite“, von der der Artikel herkommmt, zu gewärtigen haben.

Hervorzuheben ist vor allem, daß der Artikel des „Vaterl.“ den unbedingten Standpunkt der Regierung der Denkschrift gegenüber nicht vertreten. Herr Dr. Dertel, der Führer des Bundes der Landwirte, ist in seiner Kritik der Regierungsvorschläge zu einem schlechthin ablehnenden Ergebnis gelangt, und er glaubt sich ausdrücklich darauf berufen zu können, daß diese ablehnende Haltung von maßgebenden agrarischen und konservativen Kreisen in Sachsen geteilt wird. Auch die „Kreuzzeitung“ gab in ihren Auslösungen über die Denkschrift der Überzeugung Ausdruck, daß es am besten sei, alles beim Alten zu belassen. Mit dieser Auffassung, die von den erwähnten publizistischen Wortführern der agrarischen Konservativen befürwortet wird, stimmt der vorliegende Artikel des „Vaterl.“ seiner ganzen Grundtendenz nach keineswegs völlig überein. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß auch dieser Artikel die an dieser Stelle von den „Dresdner Nachr.“ geäußerte Meinung vollauf bestätigt, daß die Regierungsvorschläge zur Wahlreform der Kritik einen sehr weiten Spektrum geben; es werden in dem Aufsatz des „Vaterl.“ manngfache und erhebliche Bedenken gegen diese Vorschläge ausgesprochen. Zum Schlus jedoch — und darin liegt seine politische Bedeutung — steht der Artikel seine Stellungnahme dahin zusammen, daß die Denkschrift „einfachlich der Neuerungen der Regierung zu den über das Wohlrecht befindenden Fragen als eine hervorragende Grundlage zum Eintritt einer Diskussion über die Fragen“ zu erachten ist. Hierbei soll allerdings nicht übersehen werden, daß der Artikelschreiber dieses Ergebnis seiner Kritik wohl mit Absicht so gestellt hat, daß dadurch nicht von vornherein die Möglichkeit ausgeschlossen wird, die Regierungsvorschläge könnten die Lösung der Wahlrechtsreform nicht herbeiführen, sie könnten sich somit wirklich als das „totgeborene Kind“, als welches sie Herr Dr. Dertel zu erkennen glaubt, etablieren; der Wille aber, der aus dem Artikel spricht, ist ohne Zweifel auf das Auslandekommen der Reform gerichtet. Entthält doch der letzte Satz des Artikels den Ausdruck der „Erwartung“, daß die Diskussion über das Wahlrechtsproblem, wenn sie auch in keiner Weise übertritten werden darf, fruchtbare zeitigen werde, die zum Segen des Vaterlandes auslängen. Im wesentlichen also vertritt der Artikel des „Vaterland“ den Standpunkt der Bejahung der Wahlrechtsfrage: mit der Denkschrift wollte die Regierung ja nichts anderes bieten, als „Grundlinien“ einer Wahlreform; der Artikel begrüßt diese „Grundlinien“ sogar als eine „hervorragende“ Grundlage für die Erfüllung der von der Denkschrift gestellten Aufgabe.

Die überwiegend ablehnende Beurteilung, welche die Regierungsvorschläge in der Presse erfahren haben, vereint sich mit dem völligen Mangel positiver Vorschläge, die eine bessere Grundlage zur Lösung der Wahlrechtsfrage bieten könnten, als die Denkschrift. Dies besitzt auch der Artikel des „Vaterland“: Jegedoch ein Vorschlag, konstatiert er, wie daß Wahlrecht unter Erfüllung des weitverbreiteten Wunsches auf Beseitigung der indirekten Wahlen geachtet werden sollte, ist von keiner Seite, der ernste Beobachtung gelehnt werden könnte, gemacht worden. Der Artikel führt dann des Nächsten aus, inwiefern sein Urteil, daß sich die Denkschrift als eine hervorragende Grundlage der Wahlreform erachten läßt, berechtigt ist. Das kombinierte System von Städten- und Gemeindewahlen wird nicht grundsätzlich verworfen. Ganz gewisse Systemlosigkeit wird bemerkt, wird und muß ihm entgegenstehen. Anerkannt wird, daß die von der Regierung gemacht

Vorschläge im konservativen Boden ruhen. Man knüpft an die bestehenden, geschichtlich gewordenen und daran ihre Rechtfertigung hindrenden Verhältnisse an, und sucht sie nur insoweit zu ändern und auszubauen, als die neu hervorgetretenen Bedürfnisse das erfordern. Insbesondere gilt das von der Aufrechterhaltung der Dreiteilung der gesamten Wählerschaft nach ihrer Leistung an direkten Staatssteuern, wozu auch in Zukunft die Leistung an der Ergänzungsteuer treten soll. Diese Dreiteilung hat sich ungeachtet der Kürze der Zeit, seit der sie bei uns besteht, doch schon in gewissem Sinne eingelebt. Sie ist auch, wie umwunden von den verschiedensten preußischen Plätteln wiederholt anerkannt worden, bei uns kaum von einem Schatten der Härte begleitet, die dem in Preußen geltenden Systeme anhaften. Nimmt man noch hinzu, daß nach den Regierungsvorschlägen auch noch neben der Stenotextur der durch das Bestehe gewisser Examina dokumentierten Bildung ein Vorzug eingeräumt werden soll, so wird man nicht umhin können, darin einen weiteren Schritt zur Bildung von immer noch der Bildung der Abteilungen anhaftenden Härten zu erblicken.

Als vom konservativen Standpunkt annehmbar wird insbesondere der Vorschlag begrüßt, daß den Hauptwettbewerben, und als solche werden immer Landwirtschaft, Handel und Gewerbe angesehen werden müssen, je gesonderte Vertreter in der Zweiten Kammer gesichert werden sollen. „Diese Stände werden immer das Rückgrat der staatserhaltenden Elemente des Volkes bilden. Es muß daher Vorsorge getroffen werden, daß ihnen ein entsprechender Einstrom in der Volksvertretung gesichert wird.“ Bemängelt wird dagegen, in Übereinstimmung mit der sofort von den „Dresdner Nachrichten“ geübten Kritik, daß die Denkschrift die berufständische Vertretung weber auf die gelehrten Berufe (Arzte, Rechtsanwälte, Geistliche, Lehrer usw.) noch auf die Arbeiter ausdehnt, wenn auch die entgegenstehende praktische Schwierigkeit, daß zur Zeit für den Arbeiterstand eine für die Berufswahl geeignete Organisation fehlt, nicht unbeachtet gelassen wird. Dem Artikel erscheint es „unter den gegenwärtigen Zeitschäften“ bedenklich, solche ins Leben zu rufen: der Effekt hierauf könnte nur sein, daß dadurch ein neuer Stützpunkt für die revolutionäre, staats- und gesellschaftsfeindliche Sozialdemokratie im Lande fälschlich gelassen und dieser durch einen gewissen Zwang noch weitere Anhänger zugeführt würden.“

Die Bedenken des Artikels gegen die Regierungsvorschläge greifen ohnehin in der Beurteilung, daß diese die Endlösung der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahren nicht in ausreichendem Maße verbürgen. Die Denkschrift rechnet mit der Möglichkeit, ja sogar Wahrscheinlichkeit, daß falls die Vorschläge der Regierung über die Neuregelung des Wahlrechts zur Annahme gelangen, schwere Angehörige der Sozialdemokratie ihren Eingang in die Zweite Kammer der Ständeversammlung halten würden. „Wir glauben“, heißt es in dem Artikel, „daß mit dieser Zahl es unter der gleichen Voraussetzung nicht sein Bewenden haben dürfte. Nach den Erfahrungen der letzten ist es, bei dem weitgehenden Territorialismus der sozialdemokratischen Führer, den sie durch Votabstimmung auch auf andere Kreise auszuüben und in ihren Dienst zu ziehen vermögen, sehr wahrscheinlich, daß auch die von den Berechtigten zur Wahl für die Gewerkschaften zu wählenden Abgeordneten aus Anhängern der Sozialdemokratie bestehen würden. Damit wäre die Wahrscheinlichkeit eines Anwachsens der sozialdemokratischen Mitglieder der Zweiten Kammer auf 26 gegeben. Das ist aber eine Zahl, die bei dem bekannten Auftreten der Angehörigen dieser Partei und ihrer Stellung zu dem Staate und dessen Einrichtungen die schweren Bedenken für die ruhige und sachgemäße Behandlung der Staatsangelegenheiten und die Fortentwicklung unseres Staates erwecken und die Befürchtung vor Erhöhung unseres Verfassungslebens vor bedenklichsten Art nahe legen muß. Die Sozialdemokratie arbeitet, wie erst noch auf dem Dresdner Parteitag von 1903 auf: dem dröhnen des Beifalls ausgeschlossen worden, auf die Vernichtung des bestehenden Staates mit allen Mitteln hin. Wir würden daher mit offenen Augen und bewußt einer Partei die Wege ebnen, wenn wir ihren Vertretern den Eingang in so großer Zahl in die Zweite Kammer ermöglichen, zur Vermöhlung ihrer Ziele und damit uns unter eigenen Graben graben.“

Nicht einverstanden ist der Artikel mit den beiden Vorschlägen, daß die Unterschiede zwischen Stadt und Land bei der Einteilung der Wahlkreise in Wegfall kommen sollen und daß die Bildung der Abteilungen nicht wie bisher nach den Steuerleistungen innerhalb der einzelnen Orte erfolgen soll. „Wir geben zu“, so wird bemerkt, „daß seit 1831 die Verhältnisse zwischen Stadt und Land erheblich sich verschoben haben. Wir können aber nicht anerkennen, daß es in dem Maße überall geschehen kann, daß die Verhältnisse der Wahlkreise von Stadt und Land allgemein als eine Notwendigkeit sich darstellt. Dem Verhältnis nach Einräumung eines größeren Einflusses der Städte könnte sehr wohl durch eine Vermehrung der städtischen Wahlkreise Rechnung getragen werden und durch Einräumung einer größeren Anzahl von Sitzen, die den Vertretern von Industrie und Handel vorzuhalten seien würden, in der Zweiten Kammer.

Wir glauben auch, daß der Einfluß des Wählers auf den Ausschiff der Wahl nach der Stellung zu beweisen sein dürfte, die er in seiner Gemeinde einnimmt.“

**Neueste Drahtmeldungen vom 16. Januar.**
**Jur ostasiatischen Kriegs.**

Petersburg. Der „Birschewjew Biedomost“ zufolge erklärte der Sekretär der bieligen japanischen Gesandtschaft Odo: Weder Russland noch Japan wollten den Krieg. Japan habe keinen Interesse, das internationale Prestige Russlands zu untergraben. Im Hauptpunkt des Konflikts sieht Korea, über das eine Verständigung zu erzielen möglich sei. In nicht lange Zeit werde die Verständigung tatsächlich sein. Die der Gesandtschaft zugehörenden Radikalisten tragen einen durchaus verhängnisvollen Charakter. Japan beansprucht nicht das Protektorat über Korea, sondern verlangt nur das Recht des freien Handels in Korea und in der Mandchurie. Der Handel Japans in der Mandchurie könnte auf solche Grundlagen gestellt werden, bei denen Russland seinerseits als Äquivalent für die Vorteile infolge Leistung der mandchurischen Häfen gewisse Vorteile erhalten werde. Russlands Interessen könnten durch einen russisch-japanischen Handelsvertrag geschützt werden. Auf die Beteiligung an der Lösung der mandchurischen Frage erhebt Japan seinen Anspruch. Über die Absichten der Londoner und Pariser Robenreiter liegen der Gesandtschaft keine weiteren Mitteilungen vor; sie dürfen aber glaubhaftig sein, daß alle europäischen Mächte die fruchtbare Belebung des russisch-japanischen Konflikts wünschen. Die Beschlüsse der Haager Konferenz liegen eine Initiative Einigung in Konflikte zweier Mächte zu, die im gegenwärtigen Moment jedoch überflüssig erscheine, da der Stand der diplomatischen Verhandlungen einen günstigen Ausgang eröffnete.

Suez. (Brit.-Tel.) Der japanische Kreuzer „Ryukin“ ist heute nach Perim, der englische Kreuzer „King Alfred“ nach Aden in See gegangen.

Tokio. (Brit.-Tel.) Japan bestellte in England zwei Schlachtschiffe je 16.000 Tonnen, nicht, wie zuerst gemeldet, eines. Der Bau eines dritten Schiffes dürfte später in Auftrag gegeben werden.

Berlin. (Brit.-Tel.) Nach der Eröffnungsfeier im Weißen Saale hielten beide Häuser des preußischen Landtags Sitzungen ab, von denen die des Herrenhauses in dessen neuen Raum einen besonders feierlichen Charakter trug. Graf Bülow war mit sämtlichen Ministern anwesend, das Haus sehr gut besetzt. Der bisherige Biegepräsident Freiherr v. Manteußel eröffnete an Stelle des erkrankten Präsidenten Fürsten zu Wied die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in der er zunächst mit warmen Worten der Wiederherstellung des Kaiserreichs gedachte. Wen hätte es nicht, sagte er, während die Mitglieder sich von ihren Plätzen erhoben, mit hoher Freude erfüllt, heute bei der Eröffnung des Landtages im Weißen Saale Seine Majestät wieder in voller Frische und Mächtigkeit seines hohen Amtes walten zu sehen! Dann gehabte der Redner den neuen Raum und seiner Erbauer, Ein Werk von fühlsterlicher, nicht prunkhafter, aber gediegener praktischer Ausführung, hier vollendet. Nun sind die Räume, fuhr er fort, in denen wir jetzt tagen, oder der Geist, der das Haus besetzt, wird auch in Zukunft der alte bleiben, der Geist der unverbrüchlichen Treue und Liebe zu unserm erlauchten Herrscherhause, der Geist der Hingabe für das Glück und das Wohl unseres gesamten preußischen und deutschen Vaterlandes. (Bravo!) Freiherr v. Manteußel schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser. Dann erhob sich Ministerpräsident Graf Bülow, um seine Überzeugung auszudrücken, daß die Versammlung, in der so viel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Monarchie zu fordern. Der größte Staatsmann, den Preußen und Deutschland hervorgebracht habe, Fürst Bismarck, habe gesagt, daß die Versammlung, in der soviel Erfahrung und Einsicht vertreten sei, mit stets bewährtem Patriotismus und immer gleicher Hingabe für Kaiser und König die Staatsregierung unterstützen werde in dem Kreise, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Vertretung des Wohl des preußischen Mon